

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

277 (27.11.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtgebiet monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamteinhalt: Luise Dups, Durlach, D. A. X. 3400.



Anzeigeberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorchriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 277

Dienstag, den 27. November 1934

106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die schweren Verletzungen des Memelstatuts durch Litauen wurden, wie aus der Schweiz gemeldet wird, nun auch vom Juristenausschuß der Signatarmächte festgestellt.

Das führende New Yorker Hearst-Blatt schreibt über Frankreichs Taktik in der Saarfrage, daß diese den Weltfrieden gefährde.

Rußland ist verärgert über die Verschiebung der Tagung des Völkerbundesrates und hat einen Schritt in Genf unternommen.

In Japan hat ein Grubenunglück 53 Todesopfer gefordert, es drang Meerwasser in einen Stollen ein.

Die französische Note an Polen in Sachen des Ostpattens ist noch nicht veröffentlicht, es scheint sich aber um einen neuen Schachzug der französischen Politik zu handeln.

In Prag wurden die alten Insignien der deutschen Universitätsverwaltung nun dem tschechischen Unterrichtsminister ausgetauscht.

Im englischen Unterhaus schnitt der konservative Abg. Godfrey Lodge-Lampson die Frage der Reform der Völkerbundschart an, die er als dringend nötig bezeichnete. Der Völkerbund sei augenblicklich kein Friedensinstrument.

Partei und Staat

Minister Fried: Der Staat ist der Oberbegriff

Berlin, 26. Nov. Reichsinnenminister Dr. Fried nimmt jetzt das Wort zu der Debatte, die über „Partei und Staat“ im Anschluß an die große Rede des Führers auf dem Nürnberger Parteitag entstanden ist. Viele hätten in dieser Debatte die Parole aufgestellt, daß nunmehr die Partei die Stellen der Staatsbehörden vorgelegt seien. Dr. Göbbels habe bereits auf dem Gantag Groß-Berlin ausfüllend gesprochen. Daraus habe sich ergeben, daß die Schlagzeile „Die Partei befehlt dem Staat“ das Wort des Führers: „nicht der Staat befehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat“ schieß wieder gibt. Es sei nunmehr klar gestellt, daß eine irgendwie geartete Anweisungsbefugnis von Parteidiinstellen gegenüber staatlichen Behörden nicht bestehe. Die staatlichen Behörden erhielten ihre Weisungen lediglich von ihren vorgesetzten Stellen. Umgekehrt hätten auch die Parteidiinstellen in ihrem Wirkungsbereich keinerlei Anweisungen von Behörden anzunehmen, sondern seien nur dem Vorgesetzten innerhalb der Partei zu Gehorsam verpflichtet. Parteiorganisation und Behördenorganisation ständen sich aber nicht fremd gegenüber, wie schon das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat belege. Der Staat sei der Oberbegriff. Er ruhe auf zwei Säulen, nämlich der Parteiorganisation und dem Staatsapparat. Die Einheitlichkeit der Auffassungen werde immer mehr hergestellt, je mehr die junge, nationalsozialistische geschulte Generation die alte, in der Vergangenheit wurzelnde ablöse. Zur Abgrenzung des Zuständigkeitsbereiches stellt der Minister u. a. fest, daß die Parteidiinstellen keine unmittelbare Exekutive vornehmen, weil wir sonst ein unheilvolles Nebeneinanderregieren und Doppelarbeiten auf allen Gebieten hätten.

„NS-Kulturgemeinde“ — Treuhänderin des kulturellen Aufbaues

Berlin, 27. Nov. Wie der „Völk.“ meldet, hat der Reichswehrminister eine Verfügung an die Standarte der Reichswehr und der Reichsmarine erlassen, die es den örtlichen Dienststellen der Wehrmacht zur Pflicht macht, mit den örtlichen Dienststellen der NS-Kulturgemeinde zusammenzuarbeiten. Diese hat sich, wie es in dem Erlaß heißt, bereits unter anderem bereit erklärt, den Angehörigen der Wehrmacht, auch wenn sie nicht persönlich Mitglieder der NS-Kulturgemeinde sind, die Teilnahme an diesen Veranstaltungen zu ermöglichen. Ein inhaltlich entsprechendes Abkommen wurde mit den Sachbearbeitern der Reichspolizei im Reichs- und preußischen Innenministerium besprochen. Es bestanden bereits Vereinbarungen der NS-KG. mit dem NS-Lehrerbund und dem NS-Deutschen Studentenbund. Letztere Vereinbarung ist durch eine Vereinbarung mit der Deutschen Studentenschaft und dem Reichsstudienrat ergänzt worden. Eine weitere Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit zwischen der NS-KG. und dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen. Weitere Abmachungen entsprechender Art sichern den Ausbau der bisher von der nationalsozialistischen Kulturbewegung geleiteten Arbeit mit der Unterstützung sämtlicher irgendwie nennenswerten Organisationen. Die NS-KG. in der NS-KG. „Kraft durch Freude“ ist mit diesen Vereinbarungen zur Treuhänderin des kulturellen Aufbaues geworden.

Verletzungen des Memelstatuts durch Litauen

Der Bericht des Juristenausschusses

Genf, 26. Nov. Wie mehrere schweizerische Blätter melden, hat der Juristenausschuß der von den Signatarmächten der Memelkonvention zur Prüfung des litauischen Vorgehens im Memelgebiet eingeleitet worden ist, in seinem vor kurzem fertiggestellten Gutachten schwere Verletzungen grundlegender Bestimmungen des Autonomiestatus festgestellt. Die Uebergabe dieses Gutachtens und damit die Aufforderung an die litauische Regierung, die festgestellten Mißbräuche abzustellen, ist jedoch neuerdings verschoben worden. Wie es heißt, soll die litauische Regierung versuchen, durch unverbindliche Erklärungen in einigen nichtssagenden Punkten die Ueberreichung des für Litauen sehr unangenehmen Berichtes zu verhindern. Die „Basler Nachrichten“ bemerken dazu, wie Litauen seinerzeit den Schritt der Signatarmächte amtlich demontiert hat, so möchte es auch das unausbleibliche Vorgehen auf Grund des Juristengutachtens sabotieren, um dann die bisherige Politik im Memelgebiet weitertreiben zu können. Sollte das zutreffen, so würde die ganze Welt nicht verstehen, wenn die Signatarmächte die Verletzung des von ihnen garantierten Memelabkommens zulassen und die vertragswidrigen und immer unhaltbarer werdenden Zustände weiter dulden würden.

Der dritte Schwarz-Sender im Memelgebiet

Berlin, 26. Nov. Bekanntlich wird in Ostpreußen und im Memelgebiet der deutsche Rundfunkempfang durch litauische Schwarzsender gestört. Da der Sender Komno auf Welle 1935 infolge der Störungen durch den vor einigen Tagen aufgetauchten Schwarzsender, der sich „Munte-Punkte“ nannte, überhaupt nicht mehr empfangen werden konnte, ist er jetzt dazu übergegangen, abwechselnd auf der Welle 1935 und der Welle 1955 zu senden. Seit drei Tagen meldet sich der Schwarzsender „Munte-Punkte“ nicht mehr und ist anscheinend von den Behörden gefunden worden. Das merkwürdige Rundfunkverhältnis ander in Litauen scheint jedoch trotzdem immer tollere Formen annehmen zu wollen. Am Samstagabend meldete sich auf der Komnoer Welle ein neuer Sender mit Telephonie-Zeichen und einer Nachricht, die bei den Deutschen der Grenzgebiete lebhaftes Interesse auslöste: „Wie du mir, so ich dir! Hier sind die Amateure vom Verein „Knatterkiste“!“

Verbot der „Freireligiösen Gemeinden Deutschlands“ in Preußen

Eine Verfügung des Ministerpräsidenten Göring.

Berlin, 27. Nov. Der „Völkische Beobachter“ meldet: Der preussische Ministerpräsident und Chef der Geheimen Staatspolizei hat folgende Verfügung erlassen:

Aufgrund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt I, Seite 83) in Verbindung mit § 14 des Polizeiverwaltungs-gesetzes wird der „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands“ einschließlich seiner sämtlichen Organisationen für das Gebiet des preussischen Staates aufgelöst und verboten.

Das Vermögen wird vorbehaltlich einer späteren Einziehung polizeilich beschlagnahmt und sichergestellt. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden aufgrund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 bestraft.

Die Gründe, die zu obiger Verfügung führten, sind folgende:

Im „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands“ haben in neuester Zeit in auffallend zunehmendem Maße Anhänger ehemaliger kommunistischer und marxistischer Parteien und Organisationen in der Hoffnung Aufnahme gefunden, in diesen angeblich rein religiösen Vereinigungen einen sicheren Unterschlupf zu haben, der ihnen den getarnten politischen Kampf gegen das heutige Regierungssystem und die nationalsozialistische Bewegung ermöglicht.

Der „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands“ leistet mithin dem Kommunismus Vorschub und steht im Begriff, sich zu einer Auffangorganisation für die verschiedensten staatsfeindlichen Elemente zu entwickeln. So ist festgestellt worden, daß eine große Anzahl ehemaliger Funktionäre der marxistischen Parteien und ihrer Nebenorganisationen im „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands“ Aufnahme gefunden hat und sogar in Ortsgruppen Führerstellen bekleidet.

Zur Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist daher die Auflösung des „Bundes freireligiöser Gemeinden Deutschlands“ zum Schutz von Volk und Staat geboten.

Berlin, den 20. November 1934

gez. Göring.

Zu der Verfügung Görings schreibt der „Völk.“: Man hat in der letzten Zeit viele Male versucht, sei es zu Zwecken durchführiger Propaganda im Saargebiet, sei es zur Mitbegründung einer scheinheiligen Bonnottbewegung in England und Amerika, Deutschland des Kampfes gegen das Christentum zu bezichtigen. Der obige Erlaß des preuß. Ministerpräsidenten beweist zur Genüge, daß alle Argumente für eine kircheneindliche Haltung Deutschlands nichts als Lügen und Verleumdungen sind, bemerkt im Gegenteil sogar, daß der Staat sich schützend vor die Institutionen der christlichen Konfessionen stellt, indem er die letzten Reste der marxistischen Kirchenkampforganisationen vernichtet.

„Die ewige Gefahr für den Frieden“

Schärfste Angriffe eines Hearst-Blattes auf Frankreich

Newport, 26. Nov. Das führende Hearst-Blatt „Newport American“ veröffentlicht unter der ganzseitigen Ueberschrift „Französische Unehelmlichkeit und französischer Militarismus — schlimme Vorzeichen eines Weltkrieges“ einen sensationellen Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

Selbst wenn Frankreich auf keinen Krieg hinarbeitet, so ist doch klar, daß es wenig tat, um einen solchen zu verhindern oder auch nur hinauszuzögern. Immer herausfordernd, extrem in der Geltendmachung seiner Rechte aus allen Verträgen, immer geneigt, deren Wortlaut zu verdrängen, um durch künstliche und anscheinend einleuchtende Auslegung seine Ansprüche zu vergrößern, stellt Frankreich die etwaige Gefahr für den Weltfrieden dar, während es frommerweise seine Ergebnisse zu ihm vor-schickt.

Frankreichs Verhalten hinsichtlich der bevorstehenden Saarabstimmung, fährt das Blatt fort, ist nur ein Punkt und nur der letzte. Aus den halbamtlichen Äußerungen französischer Staatsmänner geht hervor, daß Frankreich dabei ist, sich aus seinen Verpflichtungen des Versailler Vertrages, soweit er das Saargebiet betrifft, herauszuwinden. Frankreich bereitet den Weg vor für einen neuen Fall der Verpflichtungsverweigerung, die zum Erlaß der französischen internationalen Politik geworden ist, was auch Amerika durch die Zahlungsverweigerung Frankreichs erfahren hat. Frankreich ist dieser Verpflichtungsverweigerung so verfallen, es handhabt sie so meisterhaft und schamlos, daß es sie im selben zynischen Lichte betrachtet, in dem manche Leute eine Lüge betrachten, nämlich als kürzesten Weg zwischen zwei Punkten.

Nach einem kurzen Ueberblick über die Bedingungen des Versailler Vertrages, soweit sie das Saargebiet betreffen und nach Wiedergabe von Äußerungen französischer Politiker, im Notfalle französische Truppen ins Saargebiet marschieren zu lassen, fährt „Newport American“ fort: Schon in diesem Punkte geht aus Frankreichs Haltung klar hervor, daß es den Geist des Versailler Vertrages verfehlt und entschlossen ist, diesen lieber vollkommen null und nichtig zu machen, als die gewinnbringende Befolgung des Saargebietes aufzugeben, obwohl diese ursprünglich nur als zeitweilig erklärt worden war.

Schon haben französische Vorkämpfer ihrem Bedauern über die Vertragspunkte des Versailler Vertrags hinsichtlich der Saarabstimmung Ausdruck gegeben: Die Vertragsbedingungen werden jetzt als „mindelstens zweifelhaft“ bezeichnet.

Von keiner geringeren Persönlichkeit als dem früheren französischen Staatspräsidenten Millerand wird folgende Frage in einem selbstgezeichneten Artikel im „Newport American“ vom 25. November d. J. erhoben: „Haben wir nicht das Recht zu behaupten, daß die Saarlösung nachlässig angenommen wurde?“

Da habe man, so unterkreidet das Blatt, die typisch französische Haltung, wenn sich eine Vertragsverweigerung ankündigt. Zuerst verwirrt Frankreich die Grundfrage; dann stellt es die bindende Wirkung seines Versprechens in Frage; dann bringt es künstliche Behauptungen vor — in diesem Falle die angeblich deutsche Einmischung in die Freiheit zur Volksabstimmung; und schließlich erklärt es in großspuriger Selbstbefreiung von allen Eigenverpflichtungen, daß es durch das Ziehen des Schwertes nur eine „Internationale Mission“ durchführe, die die Zivilisation ihm aufgezwungen habe.

Solche Taktiken auf die Saarabstimmung angewendet, sind nichts anderes als eine Mischung von Frechheit und Unehelmlichkeit, so folgert das Blatt.

„Newport American“ fährt fort: In dem oben erwähnten Artikel Millerands geht hervor, daß der Versailler Vertrag in allen für Frankreich günstigen, aber nicht in den für Frankreich ungünstigen Einzelheiten respektiert werden müsse. Deutschland muß den polnischen Korridor ertragen; Oesterreich muß seine Zerfleischung ohne Klage hinnehmen; für Frankreich günstige Volksabstimmungen müssen von anderen Nationen, die die Partner des Friedensvertrages sind, angenommen werden; aber wenn die im Versailler Vertrag eigens vorgezeichnete Saarabstimmung zufällig gegen Frankreich ausfallen sollte, dann darf Frankreich straflos den Versailler Vertrag und den Willen des Saarpvolkes außer acht lassen, selbst wenn seine Haltung es in einen neuen Krieg stürzen sollte. Man sollte nicht zulassen, daß sich Frankreich der Vorteile seiner Abkommen erfreut, während es seine Verpflichtungen zurückweist.

Das Blatt schließt: Falls der Versailler Vertrag, der zu neun Zehnteln zugunsten Frankreichs war, teilweise widerrufen wird, dann sollte er als Ganzes annulliert werden. Auf keinen Fall aber darf die selbstbildnerische Doppelpflichtigkeit Frankreichs einen neuen Weltkrieg heraufbeschwören.

Französischer Abgeordneter berichtet über eine Begegnung mit dem Führer

Paris 26. Nov. Der Verwaltungsrat der URC, des Nationalverbandes der ehemaligen Kriegsteilnehmer, ist zur Prüfung verschiedener laufender Fragen zusammengetreten. Im Verlauf der Sitzung erbatetete Jean Goy einen Bericht über eine Begegnung mit Reichskanzler Hitler und dessen wichtigsten Mitarbeitern und schilderte die Eindrücke, die er aus Berlin mitgebracht hat. Nach einem anschließenden Gedankenaustausch nahm der Verwaltungsrat mit allen gegen 2 Stimmen folgende Entschliessung an:

Der Verwaltungsrat der UAC hat den Bericht Jean Goy über seine Unterredung mit Reichslangler Hitler angehört und dankt ihm dafür, daß er der öffentlichen Meinung Frankreichs wichtige und beachtenswerte Informationen zugänglich gemacht hat. Getreu der von der UAC verfolgten Politik der Annäherung der Völker ermächtigt er seinen Vorstand, unter Umständen einige seiner Mitglieder mit der Sicherstellung nützlicher Fühlungsmaßnahmen mit befugten Vertretern der ehemaligen deutschen Kriegsteilnehmer unter Beobachtung der notwendigen Vorsicht zu beauftragen.

Duell Franklin Bouillon — Goy?

Paris, 26. Nov. In den Wandelgängen der Kammer war das Gerücht verbreitet, der Abgeordnete Franklin Bouillon habe den Abgeordneten Jean Goy im Zusammenhang mit den heftigen Zwischenfällen, die sich im Anschluß an die Berliner Reise Goy's zwischen den beiden Abgeordneten abspielten, seine Zeugen geschickt und ihn zum Duell herausgefordert. Auf Befragen erklärte Franklin Bouillon am Montag, er könne weder bekräftigen noch dementieren. Der Abg. Goy gab etwa die gleiche Antwort, jedoch man jetzt den allgemeinen Eindruck hat, als ob es zwischen den beiden Abgeordneten tatsächlich zu einem Duell kommen wird.

Insignien der Prager deutschen Universität übergeben

Prag, 26. Nov. Auf Grund einer Vereinbarung des Rectors der Prager deutschen Universität, Professor Dr. Großer, mit dem Unterrichtsminister erschien eine viergliedrige Abordnung des Unterrichtsministeriums, bestehend aus einem Präsidialchef, zwei Sektionschefs und einem Ministerialrat im Rectorat der Prager deutschen Universität. Hier wurden ihnen vom deutschen Rector die Insignien der alten Karls-Universität übergeben. Es sind dies die 15 goldenen Ketten der akademischen Würdenträger, das alte goldene Szepter des Rectors, die vier Scepter der einzelnen Fakultäten und das alte Siegel aus dem Jahre 1348. Die alten Gewänder und Bilder blieben in den Händen der deutschen Universität. Die Uebergabe erfolgte in feierlicher und würdiger Weise. Wie verlautet, sollen diese Insignien alsbald der tschechischen Universität übergeben werden. Für die Auffassung der tschechischen Studentenschaft erscheint bezeichnend, daß sie auf die Nachricht von der erfolgten Uebergabe der Insignien eine Art Sienesversammlung auf dem Wenzels-Platz abhielt.

Deutsche Arbeitsfront und Reichsnährstand

Berlin, 27. Nov. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, sagt in einer grundsätzlichen Erklärung, die der „Vö" veröffentlicht, u. a.: Die Mitgliedschaft bei der DAF ist freiwillig. Sie muß freiwillig sein, weil die DAF, die wirkliche Volksgemeinschaft verkörpert. Unter Zwang hineingeführte Menschen sind naturgemäß Fremdkörper, die den Aufbau der Volksgemeinschaft nur stören würden. Der Landarbeiter hat selbstverständlich genau so wie jeder andere schaffende deutsche Mensch das Recht, die Mitgliedschaft der DAF zu erwerben und dadurch die Möglichkeit, von allen ihren Einrichtungen Gebrauch zu machen. Eine Fragestellung, ob Arbeitsfront oder Reichsnährstand, ist vollkommen abwegig, da beide Organisationen grundverschiedene Aufgaben haben.

Zwei Verbrecher in Weimar hingerichtet

Weimar, 26. Nov. Im Hofe des Weimarer Gerichtsgefängnisses wurden am Montag früh die Verbrecher Alfred Buschendorf und Alfred Schlegel hingerichtet. Der bereits vielfach vorbestrafte 31 Jahre alte Buschendorf aus Gera hatte in Gemeinschaft mit anderen Verbrechern zahlreiche Einbrüche in Thüringen verübt. Als er bei einem Einbruch in Kadolstadt von der Polizei überrascht worden war, gab er mehrere Schüsse auf einen Polizeibeamten ab, durch die dieser schwer verletzt wurde. Auch bei seiner Verhaftung schoß der Verbrecher auf die Polizei, verletzte jedoch zum Glück kein Ziel. Vom thüringischen Sondergericht war Buschendorf wegen verurteilten Mordes zweimal zum Tode verurteilt worden. Der Verbrecher Alfred Schlegel aus Graßleben bei Jena hatte im Februar seinen Arbeitstollegen nachts überfallen, erschlagen und beraubt.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt“



(1. Fortsetzung.)

Christa war neun Jahre alt, aber über ihr Alter hinaus geistig gereift. Das Mädchen betrat jetzt den alten, schiefen Hausflur, von dem rechts und links je eine Tür abging. Rechts wohnte Frau Mühlert und links Frau Wellin mit ihrem Töchterchen. Es roch ein bißchen nach Ziegen. Frau Mühlert hielt sich zwei dieser nützlichen Haustiere, die gleich nebenan untergebracht waren.

Reife öffnete Christa die Tür. Alles in der Stube war sauber, aber ärmlich. Nur das Nötigste war vorhanden. Neben dem Bett der Mutter, Christa schlief auf dem kleinen Sofa im Wohnzimmer, wo sonst ihre Mutter nähte und auch in dem großen Kachelofen kochte.

„Mütterchen?“

Keine Antwort.

„Mütterchen!“

Alles still.

Da griff es dem Kinde plötzlich aus Herz. Es stürzte hin zum Lager und prekte das Gesicht auf die Hand der Mutter, die so weich und schmal auf der Bettdecke lag. Die Hand war eiskalt.

„Mütterchen, liebste gutes Mütterchen, hab' mich doch lieb, Mütterchen! Mütterchen, nicht wahr, du bist nicht gestorben? Mütterchen!“ Aber alles blieb still.

Christa weinte und schrie. Lang ausgestreckt lag der kleine Körper zuckend am Boden.

Die Mühlertin kam herein. Sie sah die stille Frau im Bett und das Kind am Boden und wußte Bescheid. Sie hob das Mädchen auf, sagte: „Die Mutter ist nun in den Himmel gegangen, und du mußt ganz ruhig sein, sonst ist sie böse auf dich. Wenn einer gestorben ist, will er seine Ruhe haben, da darf man ihn nicht durch solch lautes Geschrei und Geweine stören. Hörst du?“

Ruhigere Beurteilung der Lage in Budapest

Budapest, 26. Nov. In hiesigen maßgebenden Kreisen wird eine gewisse Entspannung der Lage festgestellt. Mit ersten internationalen Berwicklungen, die vor einigen Tagen befürchtet wurden, wird vorläufig nicht mehr gerechnet. Durch den am Samstag vom ungarischen Völkerbundsvertreter Tibor Eckhardt eingereichten Antrag ist, wie hier betont wird, das internationale Verfahren vor dem Völkerbund in Gang gesetzt. Man erklärt hier, daß nunmehr die südslawische Regierung die erhobenen schwerwiegenden Anklagen gegen Ungarn sachlich in allen Punkten werden beweisen müssen. Die Haltung der italienischen Regierung wird nach dem Zögern in den ersten Tagen in hiesigen politischen Kreisen jetzt als eine eindeutige Stellungnahme zugunsten Ungarns beurteilt. — Die der Regierung nahestehenden Blätter bringen zum Ausdruck, daß die Bindungen des römischen Pakttes, sowie die grundsätzlich freundschaftliche Haltung Italiens auf ein energisches Auftreten der italienischen Regierung in den kommenden Verhandlungen schließen lassen.

Die öffentliche Meinung beschäftigt sich weiter lebhaft mit dem ausgedehnten Jagdbefehl des Ministerpräsidenten Gömbös in Oesterreich. Die verschiedenartigsten Erwägungen, die über das Ziel und den Inhalt dieser Befragungen im Gange sind, begegnen bei den amtlichen Stellen vollständigem Schweigen. Es verdichtet sich jedoch der Eindruck, daß der neuerliche Aufenthalt des Ministerpräsidenten in Oesterreich der Klärung der Frage gedient hat, welche Haltung die drei Mächte des römischen Pakttes im Falle einer etwaigen weiteren ernsthaften Verschärfung der Lage einzunehmen gedenken. *Das Interesse richtet sich jetzt auf die für Dienstag angekündigte zweite Note der südslawischen Regierung, die den dokumentarischen Nachweis der Verantwortung ungarischer Stellen für den Marzeiller Anschlag erbringen soll.

Der in außenpolitischen Fragen halbamtliche „Beiser Lloyd“ erklärt, Ungarn warte die in Aussicht gestellten Urkunden und Beweismittel der südslawischen Regierung in aller Gelassenheit ab und werde erst Stellung nehmen, wenn Gelegenheit geboten sei, das ganze Anlagematerial kritisch zu untersuchen.

Ministerpräsident Gömbös und der Ackerbauminister Kallay werden erst im Verlauf des Dienstag in Budapest zurückwartet.

Ungarn lehnt Beneš als Ratspräsidenten für die Behandlung der südslawischen Note ab

Genf, 27. Nov. Der ungarische Vertreter, Tibor Eckhardt, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes am Montagabend eine Note überreicht, in der der tschechoslowakische Außenminister Beneš als Ratspräsident für die Verhandlungen über den ungarisch-südslawischen Streit abgelehnt wird. Als Vertreter Ungarns in dieser Angelegenheit, so führt Eckhardt aus, sehe er sich gezwungen, festzustellen, daß das Amt des Ratspräsidenten auch in der gegenwärtigen Sitzungspause von einem Vertreter eines Staates wahrgenommen werde, der zum Teil an dieser Angelegenheit beteiligt sei. Er erinnere daran, daß die Tschechoslowakei in ihrer Note an den Generalsekretär vom 22. November sich dem Antrag Südslawiens vollständiggeschlossen habe, mit der Begründung, daß die zur Sprache stehenden Tatsachen „wegen ihres ungewöhnlich schwerwiegenden Charakters die Tschechoslowakei in ihren gutnachbarlichen Beziehungen zu Ungarn unmittelbar berühren“. Unter diesen Umständen glaube er folgende Frage aufwerfen zu müssen: Ist diese Lage nicht dazu angetan, ernste Unzuträglichkeiten bei der Behandlung der Frage entstehen zu lassen, die dem Völkerbundsrat von den drei Staaten der Kleinen Entente unterbreitet worden ist? Liegt nicht für seine Erhellung, Eduard Beneš, der zugleich tschechoslowakischer Außenminister und Mitglied des Ständigen Rates der Kleinen Entente ist, Grund vor, jetzt und erst recht für die bevorstehende außerordentliche Tagung sein Amt als Präsident des Völkerbundsrates niederzulegen, wie es übrigens für diesen Fall durch die Geschäftsordnung des Völkerbundsrates vorgeesehen ist?

Die südslawische Presse zur Haltung Italiens.

Belgrad, 26. Nov. Die südslawischen Blätter widmen der italienischen und der ungarischen Presse große Aufmerksamkeit. Die „Browda“ erklärt, die italienischen Blätter kommentierten die südslawische Denkschrift beim Völkerbund mit unglaublichem Eifer. Die „Breme“ ist der Ansicht, daß Italien sich nur selber schade, wenn es Ungarn verteidige.

Verstärkung der österreichischen Truppen an der südslawischen Grenze?

London, 26. Nov. „Daily Herald“ behauptet, daß österreichische Truppen aus Wien, Linz und Burgenland an die südslawische Grenze zur Verstärkung der Grenztruppe abgefordert worden seien. Es handle sich um Infanterie, die im Kraftwagen befördert werde, und um leichte Artillerie. Auch Heimwehr sei an die Grenze geschickt.

Nach einer Wiener Meldung bestätigt sich das Gerücht nicht. Ein österreichisches Dementi.

Wien, 27. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Die Meldungen über die Verstärkung des Grenzschiebes sind erlogen und entsprechen in keiner Weise den Tatsachen.

Ueberreichung der französischen Denkschrift zur Disputfrage in Warschau

Warschau, 27. Nov. Die polnische Telegrafagentur meldet: Der polnische Außenminister Beck empfing heute den französischen Botschafter Laroche, der ihm die Antwort der französischen Regierung auf die zusammenfassende Darstellung der polnisch-französischen Besprechung über den Paktentwurf über gegenseitige Hilfeleistungen überreichte, die dem französischen Außenminister am 27. September ds. Js. in Genf ausgehändigt worden war. Unabhängig davon, ob die französische Antwort neue wesentliche Gesichtspunkte in dem bisherigen Meinungsaustausch über diese Angelegenheit zwischen Polen und Frankreich bringt, ist es offenkundig, daß die Prüfung des Textes der französischen Denkschrift durch die polnische Regierung in dem Geiste geführt wird, der mit dem Freundschafts- und Bündnisverhältnis zwischen Polen und Frankreich im Einklang steht.

Ein sowjetrussischer Schritt in Genf

Moskau, 26. Nov. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, hat an den Generalsekretär des Völkerbundes, Aonol, ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf aufmerksam macht, daß die in letzter Zeit geübte Praxis der plötzlichen Verschiebung der Einberufung des Völkerbundsrates und des Plenums des Völkerbundes viele Mitglieder in eine unangenehme Lage bringe, da sie sehr weit von Genf entfernt seien und durch solche Beschlüsse stark überrascht würden. Litwinow betont in seinem Schreiben, daß in Zukunft die Verschiebung der Sitzungen des Völkerbundes oder des Völkerbundsrates selbst unter Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Völkerbundsrates erfolgen müsse.

Litwinow und Aonol bei besprechungen, diese Frage demnächst im Völkerbundsrate zur Sprache zu bringen.

Titulescu bei Laval

Paris, 26. Nov. Der rumänische Außenminister Titulescu hatte am Montag nachmittag eine erste Unterredung mit dem französischen Außenminister Laval. Titulescu wird noch einmal Gelegenheit haben, mit Laval und dem Ministerpräsidenten Flondin zusammenzutreffen. Ueber den Gegenstand der Besprechung ist amtlicherseits nichts verlautbart worden. — Der französische Außenminister Laval empfing am Montag den belgischen Botschafter in Paris.

Türken und Rumänen verhandeln in Paris

Paris, 26. Nov. Der rumänische Außenminister Titulescu und der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi bei trafen in Paris ein, wo sie mit Ministerpräsident Flondin und Außenminister Laval Fühlung nahmen. Die Besprechungen sollen sich besonders auf den Disput, die südslawische Note an den Völkerbund und die Forderung Ungarns auf schnelle Behandlung der Note beziehen.

Sämtliche rumänischen Vereinigungen kommunizistischen Charakters auflösen

Bukarest, 26. Nov. Im Einvernehmen mit dem Innenministerium löste am Sonntag der Kommandeur des 2. Bukarester Armeekorps, General Prodan, auf Grund des Belagerungszustandes sämtliche Vereinigungen auf, die kommunizistischen Charakter tragen oder Beziehungen zum Kommunismus oder zu Sowjetrußland unterhalten. Es handelt sich um 32 Vereinigungen plus Gewerkschaften, Ausschüsse usw.

Behorlam nickte Christa und sah wie abtappend auf die tote Mutter. Nicht mehr weinen, damit Mütterchen Ruhe findet, dachte sie tapfer. —

„Gerade vor Weihnachten! Eine unangenehme Geschehnisse! Was ist denn nun da?“

Der Dorfschulze stampfte durch die zwei kleinen, armseligen Stuben und prüfte unzufrieden den Hausrat.

„Das langt doch kaum für ein Begräbnis. Um ohne alles wird wohl niemand das Mädchel haben wollen? Obwohl sie doch nun schon ganz hübsch arbeiten könnte?“

Die Mühlertin mochte diese Worte als eine Aufforderung für sich betrachten, denn sie zeterete, daß sie selber nichts zu beissen habe, und was denn das Mädchel schon leisten könne. Nichts! Nein gar nichts! Sie möchte mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben, und werte ihr denn den einen Monat Miete bezahle? Wie käme denn sie dazu, ihr Geld einzubüßeln?

Der Dorfschulze zuckte mit den breiten Achseln.

„Na, dann wird sich's eben finden. Irgendwohin muß das Mädchel natürlich. Ins Waisenhaus wäre das gecheiteste, aber da wird der Gemeinderat auch nicht mitmachen wollen. Denn da müssen wir zahlen, weil nun mal die Frau durch ihren dreijährigen Aufenthalt hier bei uns beheimatet war. Diese Arbeit nun wieder! Immer wieder was Neues und nichts Gutes. hm.“

Er ging fort.

Und Christa saß indessen bei der toten Mutter und streichelte stumm deren Hände. —

Der Gemeinderat wurde einberufen, und es ging sehr laut zu in der Hinterstube des Gasthauses „Zum weißen Stischen“. Es war schon so, wie man vermutet: Keiner wollte das arme Mädchel bei sich aufnehmen.

Bauer Friedrichs spuckte verächtlich aus, als man ihm sagte, er hätte nur ein Mädchel, er könne das Waisenkind ganz gut mit aufnehmen.

„Ja? Ne! Daß mich der Teufel hol! Meine Frau würde mir heimleuchten, wenn ich ihr dieses Weihnachtsgeschenk ins Haus bringen wollte. Das gibts nicht.“

Der Pfarrer hätte die Kleine gern zu sich genommen, wenn er nur eine bescheidene Beihilfe bekommen hätte. Er hatte selber sechs Kinder und wußte mandmal nicht, wie er die vielen Mäuler stopfen sollte. Er wollte lieber noch warten. Und wenn es gar nicht anders ging, dann wollte er die Kleine eben mit zu sich in das alte Pfarrhaus nehmen. Du lieber Gott, wenn er nicht Mitleid haben wollte?

„Dorfschulze, wie wäre es mit dir? Du hast keine Kinder.“ Robert Teß, der Niederbauer, hatte es gesagt.

„Ja? Unsgeschlossen! Meine Frau ist immer krank. Was soll uns da ein fremdes Kind? Der Bergmüller mag es nehmen. Der hat nur Jungens.“

Der Müller, dessen Mühle am Fuße des Turtenberges lag, meinte behäbig schmunzelnd: Das Hegelein ist nicht übel, und meine Frau hat sich schon immer a Madel gewünscht. —

„Na also,“ sagte der Schulze erleichtert.

Der Müller jedoch fuhr fort: „Aber es geht nicht. Meine gute Frau wird mir noch a Kindel schenken, und vielleicht wird's a Madel sein. Dann wird sie für das fremde Madel kein Interesse mehr haben. Und — dann find wir ja wirklich selber genug, und warum denn gerade ich mit meinet vielen Kindern, wo doch die andern im Gemeinderat alle so schön drum reden tun.“

Darauf war wohl nun nicht viel zu entgegnen.

Peter Seidelmacher, ein großer, sehr starker und brutal aussehender Mann, meinte schließlich: „Was streiten wir uns herum? Der Reichste von uns allen wird die Kleine zu sich nehmen, und das ist der Oberhofbauer.“

Stille.

Alle blickten auf den Oberhofbauer, der bisher ruhig dagesessen hatte, den mächtigen grauen Schädel gefenkt. Jetzt blickte er auf. Seine hellen Augen blitzten über die Männer hin, seine kräftige Faust sauste auf die blank geschuerte Platte des Tisches nieder.

„Was hat's überhaupt zu reden gegeben? Ich nehm das Kind zu mir. Das hab' ich von Anfang an gewollt. Aber eure Ausreden waren so lustig, daß ich sie mir eine Weile anhören mußte. Schämt euch! Ein Waisenkind bringt Glück. Ich werd's probieren. Abgemacht!“

(Fortsetzung folgt.)